

Pressemitteilung

Dreifaches Nein zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2025

Freiburg, 6. November 2025

Der Freiburger Arbeitgeberverband (FAV) warnt vor den drei Vorlagen über welche am 30. November abgestimmt wird. Diese gefährden den Arbeitsmarkt, die Wettbewerbsfähigkeit der KMU und die wirtschaftliche Stabilität des Kantons. Getreu ihrem Engagement für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die sich positiv auf die Privatwirtschaft und den sozialen Dialog auswirken, lehnt die Arbeitgeberkammer des FAV die Einführung eines kantonalen Mindestlohns ebenso ab wie die eidgenössischen Volksinitiativen «Für eine engagierte Schweiz» und «Für eine soziale Klimapolitik - steuerlich gerecht finanziert».

Nein zur Einführung eines staatlichen Mindestlohns

Die Einführung eines einheitlichen Mindestlohns im Kanton würde eine erhebliche Gefahr für Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Sozialpartnerschaft darstellen.

Eine solche Massnahme würde die Lohnkosten deutlich erhöhen, insbesondere für KMU und Branchen mit geringen Margen wie Gastronomie, Handel oder personenbezogene Dienstleistungen. Die Unternehmen wären gezwungen, Personal abzubauen oder ihre Preise zu erhöhen, was ihre Position im interkantonalen Wettbewerb massiv schwächen würde.

Für die Arbeitgeberkammer, das politische Organ des FAV, das verschiedene Wirtschaftszweige und Regionen des Kantons vertritt, widerspricht diese Initiative dem Freiburger Modell, das auf Verständigung zwischen den Sozialpartnern und auf den Gegebenheiten der Branchen angepassten Gesamtarbeitsverträgen beruht. Sie gefährdet zudem die Berufsbildung, einen zentralen Pfeiler der regionalen Wirtschaft. Indem sie gewisse unqualifizierte Tätigkeiten nahezu gleich entlohnt wie Berufe nach einer abgeschlossenen Lehre, nimmt sie jungen Menschen den Anreiz, den dualen Bildungsweg einzuschlagen.

Schliesslich würde die Umsetzung einer solchen Regelung zu einer schwerfälligen und kostspieligen Bürokratie führen, die Unternehmen zusätzlich belastet und sie von ihrem Kerngeschäft ablenkt. Aus fester Überzeugung, dass Wohlstand durch gemeinsame Verantwortung und nicht durch einheitliche staatliche Regulierung entsteht, lehnt die Arbeitgeberkammer diese Initiative entschieden ab.

Nein zur eidgenössischen Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert»: Eine Strafbesteuerung für Familienunternehmen

Das Diese Initiative sieht eine Steuer von 50 % auf Erbschaften und Schenkungen über 50 Millionen Franken vor, um Klimaschutzmassnahmen des Bundes zu finanzieren. Hinter der sozial- und ökologisch klingenden Formulierung verbirgt sich jedoch ein direkter Angriff auf Familienunternehmen und KMU. Unternehmensnachfolgen würden erheblich verteuert, was die Weiterführung von Betrieben gefährdet, Betriebe, die das Rückgrat der Freiburger und der Schweizer Wirtschaft bilden. Darüber hinaus würde die Einführung einer neuen nationalen Steuer den Steuerföderalismus schwächen, da Einnahmen, die heute mit den Kantonen geteilt werden, zentralisiert würden.

Für die Mitglieder der Arbeitgeberkammer ist diese Initiative eine ideologisch motivierte und bestrafende Massnahme, die Investitionen hemmt und Arbeitsplätze gefährdet. Der Kampf gegen den Klimawandel muss über Innovation, Forschung und Bildung geführt werden, nicht über eine ausbeuterische Besteuerung, die der Wettbewerbsfähigkeit schadet. Die Freiburger Wirtschaft, die mehrheitlich aus KMU besteht, darf nicht zum Kollateralopfer einer fehlgeleiteten Vorlage werden, die die wirtschaftliche Realität verkennt.

Nein zur eidgenössischen Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz»: Eine unrealistische und arbeitsmarktfeindliche Vorlage

Unter dem Deckmantel des nationalen Zusammenhalts will die Initiative für einen «Bürgerdienst» jeder Bürgerin und jedem Bürger einen obligatorischen Dienst zu Gunsten der Allgemeinheit auferlegen. Für die Mitglieder der Arbeitgeberkammer wäre eine solche Massnahme bürokratisch, kostspielig und kontraproduktiv.

Die Umsetzung würde erhebliche Mittel erfordern und Zehntausende junger Menschen von Ausbildung oder Arbeitsplatz fernhalten, obwohl Freiburger Unternehmen bereits jetzt Mühe haben, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden. Die Wirtschaft braucht Flexibilität, keine zusätzlichen Verpflichtungen. Die Initiative ignoriert die realen Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und würde den Staat unnötig belasten.

Kontakte

Reto Julmy – Direktor des FAV
079 647 02 47
reto.julmy@upcf.ch

Daniel Bürdel – Stv. Direktor des FAV
079 262 04 70
daniel.buerdel@upcf.ch

Der Freiburger Arbeitgeberverband (FAV) ist der Dachverband, der die Interessen der Arbeitgeber, der KMU und der Wirtschaft im Allgemeinen vertritt und verteidigt. Sein Ziel ist es, sich für die Wahrung guter Rahmenbedingungen einzusetzen, die es den Unternehmerinnen und Unternehmern ermöglichen, sich den Herausforderungen des sich ständig verändernden Marktes zu stellen. Tagtäglich betreut der FAV über 8700 Mitglieder. Zurzeit verwaltet er rund 60 Berufsverbände, 17 Verbände der überbetrieblichen Kurse, verschiedene Lehraufsichtskommissionen und ist in 9 paritätischen Kommissionen vertreten.